

mehr zu tun haben. Die Regierungen des Westens, so trägt Wust den Offizieren des II. Fernmelderegiments 34 in dem Heide-Ort leidenschaftslos vor, hätten sich „selbst eingekullt“. Durch „liederliche Verhandlungsführung“ mit dem Ostblock seien die Gegensätze verschärft worden, Entspannungspolitiker hätten „die Rüstung bewußt vernachlässigt“ – mit der Folge, daß die Kräfte-Balance zwischen Ost und West „praktisch aufgehoben ist“. Wust: „Die Sowjet-Union hat den Schlaf der freien Welt genutzt.“

Daß er ein Gegner der Entspannungspolitik ist, hat Wust, solange er im Amt war, geschickt verborgen. Er galt als Liberaler. Zwar schied er im Zwist von der Hardthöhe, doch das Zerwürfnis mit Verteidigungsminister Hans Apel hatte andere Gründe: Als der Technokrat im März 1978 mit seiner Heeresstrukturreform nicht durchkam, gab es den ersten Knacks.

Am Ende beharkten sich General und Minister mit Vorwürfen. Wust nörgelte, Hans Apel habe ihn in allen wichtigen Fragen übergangen. Der konterte, die Beschwerden seines höchsten Militärs seien „ungerechtfertigt“ und „nicht haltbar“.

Seither läßt Wust, versetzt in den einstweiligen Ruhestand, nichts unversucht, seinen Ruf als aufgeklärter Reformgeneral zu ruinieren.

Bei der Recherche, wer seinem Rat denn noch zugetan sei, stieß er, 1979, zuerst auf den Wehrpolitiker Jürgen Möllemann. Der sicherte sich den Ex-General als ehrenamtlichen Militärberater für die FDP.

Doch die Liaison war nicht von Dauer. Schon 1980 trennte man sich gütlich, die Liberalen hatten der Dienste des Bundeswehr-Pensionärs nur selten bedurft. Möllemann: „Wust stellte sich das intensiver vor.“

Größere Nachfrage hatte der Ex-General bereits anderweitig gefunden: beim CDU-Wirtschaftsrat. Noch während er mit dem Freidemokraten ein Buch über Sicherheitspolitik plante, klärte Wanderredner Wust auf fast 50 Versammlungen die konservative Gemeinde über die Versäumnisse des Westens und die Bedrohung aus dem Osten auf.

Zweimal referierte er, mitten im Bundestagswahlkampf, im Wahlkreis Münster – den beackert Jürgen Möllemann für die Liberalen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete über die CDU-Auftritte seines Ratgebers: „Das fand ich nicht sehr fröhlich.“

Mehr Freude an Wusts Mission, den weichen Westen wachzurütteln, haben seine alten Kameraden. Während der friedensbewegte Panzer-General a. D. Gert Bastian bei den Kommandeuren als Abtrünniger und Linker verpönt ist, wird der aufrechte Wust in die Kasernen geladen, um Stimmung gegen die Regierung zu machen.



**Ex-General Wust**  
„Ich kann jetzt offener reden“

Der Westen, so klagt er an, sei der „Desinformationspolitik des Kreml“ aufgesessen und habe deshalb die Einführung der „dringend benötigten Neutronenwaffe“ verzögert. Moskau, das „Zentrum der Weltrevolution“, verfüge über eine „bedrückende Übermacht“ – ob konventionell bei Panzern, Artillerie, mobilen Verbänden und Seestreitkräften, ob beim nuklearen Arsenal.

Und nun werde in den Wehr-Etats auch noch gespart. „Was nützt uns“, zitiert der Ex-General zustimmend den Alt-Liberalen der Weimarer Republik Friedrich Naumann, „die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen.“

Wust: „Wir sind am Rande der Erpreßbarkeit.“ Die Fähigkeit des Bündnisses, sich zu verteidigen, sei herabgesetzt, „damit ist die Nato nur noch sehr beschränkt imstande, flexibel auf Angriffe des Ostens zu reagieren“.

Polen und Afghanistan hätten, glaubt der einstige Apel-Berater, „anders ausgesehen, wenn das Gleichgewicht funktionieren würde“ – das Verteidigungsbündnis als Weltpolizist, der seine Strategie auch auf die „stürmische Entwicklung in der Dritten Welt“ und die Sicherung der Ölquellen abstimmen und „ideologisch stützen“ müsse.

Mit seiner Grusel-Rede erschreckt Wust seit zwei Jahren Industrielle und Bauern, Soldaten und CDU-Kränzchen, nach der Devise: „Ich kann jetzt offener reden als ein Soldat, der noch im Dienst ist.“

Das darf Friedenskämpfer Bastian nicht, der, anders als Wust, gegen Nach- und Aufrüstung kämpft. Obwohl er nur auf zivilen Foren spricht, erhielt er von Apels Staatssekretär Joachim Hiehle eine förmliche Abmahnung. Wust dagegen wurde vom Kommandeur des Radarleit-Regiments in Visselhövede eingeladen, die Truppe in der Mölders-Kaserne doch bald wieder zu beehren.

## BILDUNG

### Endgültig perdu

**In dieser Woche wird die umstrittene Gesamtschule von den Bildungspolitikern zur integrierten Haupt- und Realschule abgewertet.**

Der Streit ist so alt wie die Schule, und am Donnerstag und Freitag dieser Woche soll er endlich beigelegt werden.

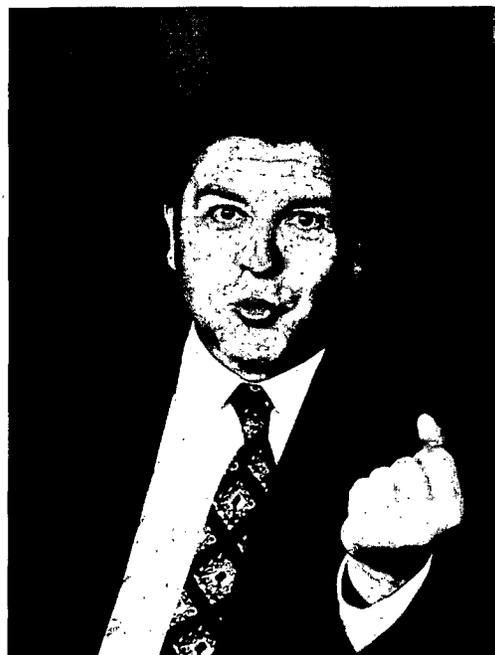
Vier Kultusminister, zwei Linke, ein Rechter und einer aus der politischen Mitte, sind von ihren Kollegen beauftragt, die bundesweite Anerkennung der Gesamtschul-Abschlüsse unwiderruflich zu regeln.

Die Vierer-Runde, die sich am Rande der Kultusministerkonferenz in Bonn zusammenfindet, hat sich viel vorgenommen. Hans Maier (CSU), Werner Remmers (CDU), Hans Krollmann und Jürgen Girgensohn (beide SPD) wollen, nach zehn Jahren Dauerkampf, einen Kompromiß finden, der unvereinbare Positionen zusammenbringt.

Es geht um 200 000 Mädchen und Jungen, die integrierte Gesamtschulen besuchen und eigentlich bis heute nicht wissen, was die Abschlüsse, die sie dort erreichen, einmal wert sind.

Es geht ihnen wie den Politikern, denen mal die Gesamtschule als „institutionalisierte Gleichmacherei“ und „sozialistische Kadenschmiede“ erscheint, die begabte Schüler zu kurz kommen läßt und schwächere zu „Billigpreis-Abschlüssen“ (Maier) und einer Art „Jedermann-Abitur“ (Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß) verhilft.

Den anderen wiederum symbolisiert die neue Bildungsanstalt die zugleich



**Bayerns Kultusminister Maier**  
Abschlüsse zum Billigpreis

angstfreie wie „sozial gerechte Schule“ – im Gegensatz zum herkömmlichen Schulsystem, das die Kinder frühzeitig in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasialisten sortiert.

Und unter dem Zwang, bei aller Gegensätzlichkeit zu einer Einigung kommen zu müssen, die Anfang März die Zustimmung aller Länder-Kultusminister findet, droht ein einst gepriesenes Bildungsideal zu verkümmern: Die integrierte Gesamtschule, von Bildungsreformern erdacht, um den Zugang zu höheren Abschlüssen für alle Schüler möglichst lange offen zu halten, schrumpft in etlichen Fällen zur „integrierten Haupt- und Realschule“ (ein SPD-Kultusminister). Die vier Bildungs-Unterhändler haben sich bereits darauf verständigt, einem Großteil der Gesamtschüler den direkten Zugang zur gymnasialen Oberstufe und damit zum Abitur zu versperren.

Zentraler Streitpunkt zwischen den Sozialdemokraten und den Christdemokraten war bis zu dieser Kehrtwende, ob und in welchem Ausmaß Gesamtschulen ihre Schüler im Unterricht nach unterschiedlichen Leistungen in verschiedene Kurse sortieren sollen (Fachleistungsdifferenzierung), damit die Gesamtschulabschlüsse denen der traditionellen Schulen gleichwertig sind:

- ▷ in viele Fächer und auf drei unterschiedliche Leistungsniveaus (ähnlich dem dreigegliederten Schulsystem), wie in Bayern oder Baden-Württemberg,
- ▷ oder sowenig wie möglich, etwa nur in Mathematik und Englisch, und auf höchstens zwei unterschiedliche Niveaus, wie in den Ländern, wo Sozialdemokraten die Gesamtschule eingeführt haben.

Im Streit um die Differenzierung ist die Lösung gefunden. Ein von allen vier Verhandlungspartnern bereits akzeptierter „Diskussionsvorschlag“ sieht als „Mindestvorgaben“ vor, daß in Deutsch, Mathematik, der ersten Fremdsprache und den Naturwissenschaften, „mindestens jedoch Physik und Chemie“ und in „mindestens zwei“ unterschiedlichen Leistungsniveaus unterrichtet werden muß, wenn der Abschluß von anderen Bundesländern anerkannt werden soll.

Noch offen ist, ob das umstrittene Fach Gesellschaftswissenschaften, zumindest Erdkunde und Geschichte, in die Differenzierung einbezogen wird, wie es Bayerns Kultusminister Maier verlangt. Die Sozialdemokraten wehren sich dagegen, weil sonst, wie Joachim Lohmann, stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, sagt, „der Integrationsgedanke der Gesamtschule endgültig perdu“ wäre.

Die Einigung, die sich da anbahnt, ob mit oder ohne Gesellschaftswissenschaften, müssen die Sozialdemokraten unter Aufgabe bisher hartnäckig verteidigter Positionen hinnehmen. Denn im Gegenzug setzen die Bayern durch, daß Schü-

ler aus Gesamtschulen, die nach diesem Zweier-Differenzierungsmodell arbeiten, Abschlüsse erlangen, die in anderen Bundesländern nichts gelten.

Die vier Verhandlungspartner haben sich darauf verständigt, den Übergang dieser Gesamtschüler auf die gymnasiale Oberstufe nur dort anzuerkennen, wo es „vergleichbare Übergangsregelungen im gegliederten Schulwesen“ gibt. Das sind in erster Linie SPD-regierte Länder, die ihren Haupt- und Realschülern mit freizügigen Vorschriften den Weg zum Abitur offenhalten wollen.

In Bayern und auch anderen unionsgeführten Ländern, die sich noch nicht eindeutig festgelegt haben, würden Schüler aus Gesamtschulen mit Zweierdifferenzierung, wie der Kompromiß vorsieht, „in die gymnasiale Oberstufe nur unter den Bedingungen aufgenommen, die für Realschüler im jeweiligen Lande gelten“.

Damit werden, wie eine interne Studie des Düsseldorfer Kultusministeriums vor Wochen die SPD-Länder warnte, „zwei Arten von Gesamtschulen“ geschaffen: solche mit Dreier-Differenzierung gemäß christdemokratischer Überzeugung, „für die keine Einschränkungen gelten“, und solche, „die gewissermaßen die ‚gymnasiale Komponente‘ nicht enthalten“. Gesamtschüler, wie leistungsstark sie auch sein mögen, werden auf diese Weise zu Realschülern herabgestuft: Die Chance, gleichwertige Regelschule neben dem Gymnasium zu sein, haben die Sozialdemokraten preisgegeben.

Das kann bedeuten, daß ein Bremer Gesamtschüler, der differenzierten Unterricht nur in Mathematik und Englisch und das auf zwei Niveaus kennt, komplizierte Aufnahmeprüfungen ablegen oder in den fünf Hauptfächern einen Notenschnitt von 1,5 beibringen muß, um überhaupt auf eine bayrische Oberstufe übergehen zu können.

Selbst im sozialdemokratisch regierten Hamburg wäre es dem Bremer kaum möglich, direkt zur gymnasialen Oberstufe überzuwechseln. Realschülern ist in Hamburg der Zugang zur „allgemeinen gymnasialen Oberstufe grundsätzlich verwehrt“ (eine Fachreferentin). Ihnen bleibt nur der Umweg über das Wirtschaftsgymnasium oder, ein Schuljahr länger, das Aufbaugymnasium.

Auch wenn der Gesamtschüler im eigenen Land bleibt, um Abitur zu machen, wird er mit seinem Reifezeugnis womöglich nicht viel anfangen können. Länder, die ihm den Zugang zur Oberstufe versperren, dürften das Abitur schon gar nicht anerkennen.

So wird, was die sozialdemokratischen Bildungspolitiker am Ende der Woche die bundesweite „Anerkennung der Gesamtschule als Regelschule“ (ein Minister) nennen werden, letztlich nur das sein, was ein Mitglied der Verhandlungskommission als einen „Kuhhandel“ empfindet – „der zeigt, daß der Bildungsföderalismus am Ende ist“.

# NATUR,



**Horst Stern**

Herausgeber und Chefredakteur von NATUR.

„Seit ich die neue Zeitschrift *NATUR* mache, werde ich immer wieder gefragt, warum ich zugunsten dieses Blattes meine spektakuläre Fernseharbeit aufgegeben habe.

Ich glaube, daß die Zeit der spektakulären Gewissensappelle vorbei ist. Man muß heute zum Schutz von Natur und Umwelt nicht mehr das Gewissen sensibler Menschen wecken. Man muß Wissen vermitteln.

Dieses Wissen zu vermitteln, leicht faßlich und doch solide, dafür ist eine Zeitschrift das beste Medium. Denn sie läßt Zeit zum Denken.

Darum mache ich jetzt diese Zeitschrift, deren Titel gleichzeitig ihr Programm ist: *NATUR*.“

**Bitte prüfen Sie selbst, wie lesenswert *NATUR* für Sie ist.**

Die kostenlose Erstausgabe soll Sie unter anderem mit diesen Artikeln überzeugen:

Der nichtige Tod

Bonnas makabrer Wildtierschutz.

Land unter

Natur verschwindet unter Beton.

Einer gegen alle

30 Jahre Landschaftszerstörung für 8 Monate Öl?

Zurück in die Zukunft

Die Motive eines »Bio-Bauern«.

Forschung als nützlicher Idiot

Ein Alibi für politisches Nichtstun.